

Länderanalyse *Ecuador*

1. Strukturdaten

Fläche:	256.370 km ²
Bevölkerung:	13,3 Mio. Einw.
Bevölkerungsdichte:	52 Einw./km ²
Hauptstadt:	Quito
BIP pro Kopf:	3.100 US-Dollar (2006)
Währung:	US-Dollar (USD)
Wechselkurs:	1,45 USD/EUR (14.12.2007)



2. Politische Lage

Ecuador ist weit von politischer Stabilität entfernt. Von 1996 bis heute sah das Land 10 verschiedene Regierungschefs an der Spitze. Die meisten von ihnen wurden vorzeitig aus ihrem Amt gedrängt. Seit den letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom November 2006 befindet sich Ecuador nun inmitten eines Neugründungsprozesses, an dessen Ende eine neue Verfassung stehen soll. Die Regierung verfolgt damit einen ähnlichen Kurs wie Venezuela und Bolivien mit dem Ziel eines nicht näher definierten „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Präsident Rafael Correa Delgado strebt eine stärkere Einflussnahme in strategisch wichtigen Wirtschaftssektoren und eine Neuordnung des Institutionengefüges an. Damit zielt er insbesondere auf eine Entmachtung des Parlaments ab, zu dessen letzter Wahl seine Partei „Alianza País“ aus Protest gegen das traditionelle Parteiensystem gar nicht erst antrat.

Der vorgezeichnete Konflikt zwischen der Regierung und der Opposition verschärfte sich im Laufe des Jahres zusehends. Als eine seiner ersten Amtshandlungen kündigte Correa eine Volksabstimmung über die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung an, obwohl dies in den Zuständigkeitsbereich des Parlaments fällt. Letzteres gab erst Anfang Februar dieses Jahres nach gewaltsamen Demonstrationen und dem Sturm des Parlaments durch Anhänger Correas seine Zustimmung. In der Folge entzog das Oberste Wahlgericht 57 Abgeordneten des 100-köpfigen Parlaments ihr Mandat für die Dauer eines Jahres, nachdem diese die Absetzung des Präsidenten des Obersten Wahlgerichts gefordert und eine Verfassungsbeschwerde eingereicht hatten. Der Verfassungsgerichtshof erklärte den Mandatsentzug später für verfassungswidrig. Daraufhin wurde das Gericht

durch Anhänger Correas besetzt, der das Urteil nicht anerkannte. Der Kongress beschloss zudem ohne die ausgeschlossenen Oppositionellen die Entlassung von neun Verfassungsrichtern. Im Referendum zur Einberufung der verfassunggebenden Versammlung stimmte am 15. April mit 81,7% eine deutliche Mehrheit für Correas Vorhaben. Am 30. September wurden daraufhin die 130 Mitglieder des Gremiums gewählt. Die „Alianza País“ gewann 80 Plätze und damit eine komfortable Mehrheit. Die Versammlung nahm schließlich Ende November ihre Arbeit auf und löste als erste Handlung das Parlament auf. Damit verfügt das Correa freundlich gestimmte Gremium nun über umfangreiche Vollmachten. Zum Abschluss des Prozedere soll das Volk dann in einem halben Jahr erneut zur Abstimmung an die Wahlurnen gebeten werden und die neue Verfassung ratifizieren.

Bei weiten Teilen der Bevölkerung, die fast zur Hälfte unterhalb der Armutsgrenze lebt, erfährt Correa Zustimmung zu seinem Nationalisierungskurs. Das liegt zum einen an der Unfähigkeit und dem fehlenden Willen der traditionellen Eliten, die Lebenssituation der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern, und zum anderen an der deutlichen Ausweitung der Sozialausgaben durch die neue Regierung. Unterstützung erfährt der Präsident auch von großen Teilen der indigenen Bevölkerungsgruppen, die sich häufig Benachteiligungen in der Gesellschaft gegenübersehen.

Das Verhältnis zu den USA, dem wichtigsten Handelspartner, hat sich deutlich abgekühlt. Nachdem bereits unter der Vorgängerregierung der US-amerikanische Erdölkonzern Occidental Petroleum enteignet wurde – ein Rechtsstreit vor einem Schiedsgericht der Weltbank ist noch anhängig – suspendierten die USA kurzerhand das ausgehandelte Freihandelsabkommen. Die neue ecuadorianische Regierung äußerte sich ihrerseits ablehnend zu dem Abkommen. Stattdessen wolle man die regionalen Integrationsbemühungen unterstützen. Außerdem weigert sich Correa, den Nutzungsvertrag des US-Luftwaffenstützpunkts Manta über 2009 hinaus zu verlängern. Dieser dient den US-Streitkräften vornehmlich als Ausgangsbasis für die Bekämpfung des Drogenhandels im Nachbarland Kolumbien, zu dem die Beziehungen ebenfalls angespannt sind. Der dortige Konflikt mit der Guerillaorganisation FARC greift immer wieder auf das ecuadorianische Grenzgebiet über. Zudem sind über 250.000 vertriebene Kolumbianer nach Ecuador geflüchtet.

3. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Der Erdölsektor dominiert mit einem Anteil von 22,5% am Bruttoinlandsprodukt die wirtschaftliche Entwicklung Ecuadors, das über die viertgrößten nachgewiesenen Erdölreserven in Lateinamerika verfügt. In den Jahren 2004 und 2005 profitierte das Land noch vom Bau und der Inbetriebnahme einer neuen Ölpipeline. Das reale BIP nahm damals um 8% bzw. 6% zu. Im vergangenen Jahr federte der priva-

te Konsum die bereits deutlich schwächere Investitionstätigkeit ab, so dass das BIP noch um 3,9% zulegen konnte. Das erste Halbjahr 2007 verlief trotz des positiven weltwirtschaftlichen Umfelds dann allerdings sehr enttäuschend. Die Bruttoanlageinvestitionen verblieben nahezu auf ihrem Vorjahresniveau, die Exporte gingen sogar um ein Prozent zurück (jeweils in konstanten Preisen). Das Wachstum der privaten Konsumnachfrage fiel im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls deutlich niedriger aus. Insgesamt stand damit nur noch ein reales Wirtschaftswachstum von 1,3% zu Buche. Im lateinamerikanischen Vergleich gehört Ecuador damit zu den Schlusslichtern. Das liegt nicht zuletzt an den zunehmenden staatlichen Eingriffen in das wirtschaftliche Geschehen.

Nationalisierungstendenzen sind in verschiedenen Branchen, insbesondere jedoch im Energiesektor, zu beobachten. Nach dem Willen von Präsident Correa sollen zukünftig die Überschüsse aus dem Erdölgeschäft, die aus einem Ölpreis über der vertraglich vereinbarten Benchmark resultieren, nahezu vollständig (statt bisher zur Hälfte) durch den Staat abgeschöpft werden. Anstelle einer pauschalen Verstaatlichung sollen mit den betroffenen Firmen aber individuell neue Verträge ausgehandelt werden. Als Folge der staatlichen Interventionen dürften die Investitionen im Erdölsektor stark nachlassen. Hinzu kommt der Know-how-Verlust durch den Abzug ausländischer Fachkräfte, falls sich Unternehmen ganz aus dem Land zurückziehen. Die Fördermenge des Staatskonzerns „Petróleos del Ecuador“ (Petroecuador) ist bereits seit Jahren rückläufig. Dieses Szenario ist auch für die derzeit noch privat betriebenen Förderstätten zu erwarten.

Stabilisiert hat sich in den letzten Jahren die Preisentwicklung. Seit der Einführung des US-Dollar als gesetzliches Zahlungsmittel im September 2000 schwankt die Inflationsrate auf einem moderaten Niveau zwischen 2% und 4%. Im Durchschnitt des laufenden Jahres wird sie 2,2% betragen. 2000 lag sie noch bei 95,5%.

4. Außenwirtschaft

Das Erdölgeschäft dominiert auch den ecuadorianischen Außenhandel. Das „schwarze Gold“ macht knapp 60% der Exporte aus. Auf der anderen Seite müssen teure Erdölprodukte wegen unzureichender Raffineriekapazitäten importiert werden. Der Rückgang der Förderquote hat im ersten Halbjahr 2007 die Handelsbilanz belastet. Die Warenexporte fielen um 4% niedriger aus als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der in der zweiten Jahreshälfte gestiegene Ölpreis wird dennoch zu einem positiven Handelsbilanzsaldo verhelfen, wenngleich der Überschuss deutlich geringer ausfallen wird als 2006. Damals stand ein Plus von 1,7 Mrd. US-Dollar zu Buche. Der Überschuss in der Handelsbilanz könnte bereits im nächsten Jahr verschwinden. Das liegt zum einen an den wenig optimistischen Aussichten für den Ölsektor und zum anderen an der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der in-

ländischen Produzenten. Ende Februar 2008 läuft zudem der „Andenpakt zur Förderung des Handels und des Kampfes gegen Drogen“ („Andean Trade Promotion and Drug Eradication Act“ – ATPDEA) mit den USA aus. Sollte das Gesetz nicht verlängert werden, würde Ecuador seinen bevorzugten Zugang zum US-amerikanischen Markt verlieren. Angesichts eines Anteils von über 50% der Exporte, die in die USA gehen, und dem vorerst gescheiterten Freihandelsabkommen, würde dies die Aussichten des Exportsektors weiter eintrüben. Um die inländischen Unternehmen besser vor Importkonkurrenz zu schützen, plant die Regierung unterdessen eine Anhebung der Zölle auf verschiedene Produkte.

Die Leistungsbilanz schneidet trotz der Defizite in der Dienstleistungs- und in der Einkommensbilanz nur geringfügig schlechter ab als die Handelsbilanz. Das liegt an den hohen Rücküberweisungen der im Ausland arbeitenden Ecuadorianer, die eine Größenordnung von 7% des BIP erreichen. 2006 verbuchte die Leistungsbilanz einen Überschuss von 1,5 Mrd. US-Dollar bzw. 3,6% des BIP, der aber im laufenden Jahr deutlich kleiner ausfallen wird. Für die nächsten Jahre muss wegen der verschlechterten Handelsbilanz mit einem Leistungsbilanzdefizit gerechnet werden.

5. Finanzstatus

Im April 2007 erklärte Präsident Correa, sämtliche Schulden beim Internationalen Währungsfonds (IWF) zurückgezahlt zu haben. Gleichzeitig kündigte er an, die Beziehungen zum IWF beenden zu wollen. Damit folgt er dem Beispiel Venezuelas, dessen Präsident Hugo Chávez keine Gelegenheit auslässt, den IWF für die große Armut in seinem Land verantwortlich zu machen. Die Kritik gilt vor allem den Auflagen, die an die Kreditvergabe geknüpft sind. Als Gegenpol zur Weltbankgruppe wurde vor kurzem unter der Federführung von Venezuela und Argentinien die „Bank des Südens“ gegründet. Ecuador ist eines der sieben Gründungsmitglieder.

Nach wie vor leidet Ecuador unter einem hohen Schuldendienst. 2006 mussten 28,4% der Exporterlöse für die Bedienung der Auslandsverbindlichkeiten aufgebracht werden. Die Auslandsverschuldung betrug insgesamt 17,1 Mrd. US-Dollar. Verbessert hat sich unterdessen die Schuldensituation der öffentlichen Hand. Dank des hohen Ölpreises und des konjunkturellen Höhenflugs der vergangenen Jahre konnte die Regierung zuletzt Budgetüberschüsse (2006: 3,2% des BIP) erzielen und die Staatsverschuldung von 57% des BIP im Jahr 2002 auf 35% im vergangenen Jahr zurückführen. Der hohe Ölpreis und die Erhöhung der Abgaben auf die „überschüssigen“ Öleinnahmen tragen zusätzlich dazu bei, dass momentan keine akute Gefährdung der Zahlungsfähigkeit besteht. Zudem haben sich die Währungsreserven in den ersten drei Quartalen dieses Jahres auf 3 Mrd. US-Dollar verdoppelt. Das Bild kann sich aber sehr schnell wieder verdüstern. Die Staatsausgaben steigen derzeit deutlich schneller als die Einnahmen. Zur Finanzierung der hohen Sozial-

ausgaben und Subventionen ist die Regierung auf die Öleinnahmen angewiesen. Sinkende Fördermengen oder ein signifikanter Rückgang des Ölpreises könnten schnell dazu führen, dass sich der Staat genötigt sieht, seinen Schuldendienst einzustellen. Präsident Correa hat bereits mehrfach angekündigt, dass für ihn die Finanzierung der Sozialausgaben oberste Priorität genießt und er „illegitime“ Schulden in Zukunft nicht mehr bedienen wolle. Unklar ist allerdings, welche Schulden als unrechtmäßig angesehen werden. Im Juli dieses Jahres wurde eine Kommission zur Überprüfung der Auslandsschulden eingerichtet, die Vorschläge für eine Neuordnung der Verbindlichkeiten machen soll. Mitte 2008 soll ein Abschlussbericht vorgelegt werden. Die Wahrscheinlichkeit einer Einstellung des Schuldendienstes würde außerdem steigen, wenn Correas Rückhalt in der Bevölkerung schwindet und er eine Machtdemonstration zur Sicherung seiner Position benötigt.

Im Länder-Kredit-Rating des „Institutional Investor“ vom September 2007 belegt Ecuador mit 33 von 100 möglichen Punkten den 100. Platz unter 174 bewerteten Ländern. Gegenüber dem Vorjahr schnitt das Land um 2,8 Punkte besser ab.

6. Ausblick

Präsident Correa strebt eine Neugründung Ecuadors an. Bis zur geplanten Verabschiedung einer neuen Verfassung im kommenden Jahr bleiben die Unsicherheiten für die Investoren groß. Abzuwarten bleibt, wie weit Correa den staatlichen Einfluss auf die Privatwirtschaft auszuweiten gedenkt. Die politischen Turbulenzen behindern derweil die wirtschaftliche Entfaltung des Landes. Private Investitionen werden aufgeschoben oder überhaupt nicht getätigt. Die Gefahr eines Zahlungsausfalls hat sich in den letzten Monaten dank der gestiegenen Öleinnahmen zwar etwas verringert; die Androhung, den Schuldendienst ganz oder teilweise einzustellen steht aber weiterhin im Raum.

Abgeschlossen am 14. Dezember 2007

Verfasser:

Sebastian Kripfganz
Tel +49 89 2171-26858
sebastian.kripfganz@bayernlb.de

Redaktion:

Volkswirtschaftliche Länder- und
Branchenanalyse
Volkswirtschaft und Research
volkswirtschaft@bayernlb.de
www.bayernlb.de

Geschäftsgebäude:

Bayerische Landesbank
Briener Straße 18
80277 München
Tel +49 89 2171-21304
Fax +49 89 2171-21329